

# E-Mail-Newsletter

**Nr. 177, 1. Februar 2013**

nächster Redaktionsschluss: 28. Februar 2013

## ***Liebe Mitglieder, FörderInnen und Interessierte!***

Das neue Jahr hat für uns mit einem kleinen Erfolg begonnen: Die Landesregierung hat die Abschiebung von Familien mit minderjährigen Kindern aus dem Balkanraum bis mindestens zum 20. März ausgesetzt (siehe Meldung). Angesichts der Härte des Winters und der materiellen Not der Flüchtlinge ist dies eine erfreuliche Entscheidung, aber auch schlicht ein Gebot der Humanität. Angesichts der neu aufgeflamnten negativen Debatten in Politik und Medien über die Asylsuchenden aus Südosteuropa kann dies auch als kleiner Erfolg der Vernunft angesehen werden.

Der Flüchtlingsrat wird sich nicht nur bis zum Ende des Winters für diese Flüchtlinge einsetzen. Deswegen haben wir unser nächstes Plenum am 9. März, zu dem wir Sie herzlich nach Stuttgart einladen wollen, schwerpunktmäßig dem Thema „Was kommt nach dem Winterabschiebestopp?“ gewidmet. Als Gast wird auch Herbert Heuss vom Zentralrat Deutscher Sinti und Roma kommen. Hier finden Sie das (noch vorläufige) Programm: Programm des Plenums (vorläufig)

Die Anmeldung wird ab etwa 8. Februar wieder online möglich sein.

Von dieser Stelle auch noch ein Glückwunsch an unsere KollegInnen aus Niedersachsen! Wie inzwischen auch offiziell eingeräumt wurde, war die rigide Flüchtlingspolitik mitentscheidend für die Wahlniederlage der bisherigen Landesregierung. Jetzt können wir aufgrund der Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat u.a. auf Bewegung für eine neue stichtagsfreie gesetzliche Bleiberechtsregelung hoffen.

Wir wünschen Ihnen alles Gute und Gesundheit für das neue Jahr und wir hoffen darauf, dass unsere Landesregierung in diesem Jahr in ihrer Asylpolitik ohne Abschiebungen auskommt.

Vorstand und Geschäftsstelle des Flüchtlingsrats Baden-Württemberg

## **1. BADEN-WÜRTTEMBERG**

Neues vom Flüchtlingsrat / Berichte aus den Regionen / Pressedoku...

### **Starker Anstieg der Asyl-Zugangszahlen im Jahr 2012, (aber ebenso starker Rückgang im November und Dezember)**

#### **Ministerium für Integration legt Jahresbilanz für 2012 vor**

Das Ministerium für Integration legte am 14. Januar die Zahlen zum Asylbewerberzugang 2012 vor. Demnach hat Baden-Württemberg im Jahr 2012 insgesamt 7.913 Asylsuchende aufgenommen. Gegenüber dem Vorjahr (Aufnahme von 5.262 Personen) bedeutet dies eine *erhebliche Steigerung* um 2.651 Personen bzw. 50,4 Prozent. Zugleich sei dies der höchste Jahreszugang seit zehn Jahren. Ministerin Bilkay Öney: *"Hinter uns liegt ein schwieriges Jahr. Wir können aber die Standards der Flüchtlingsunterbringung nicht an schwankenden Zugangszahlen ausrichten. Die Landesregierung löst das Koalitionsversprechen einer humanen Flüchtlingspolitik ein."*

Mit 998 Personen kamen die meisten Antragsteller/-innen aus Serbien, danach folgen Pakistan (886), Mazedonien (719), Irak (693) und Syrien (655). Bei nüchterner Betrachtung der Zugangszahlen von Flüchtlingen aus Serbien und Mazedonien, vor allem Angehörige der Minderheit der Roma, zeigt sich, dass die von konservativer Politik und einigen Medien hochgezogene Kampagne gegen diese Flüchtlinge ("neue Flut", Wirtschaftsflüchtlinge, Sozialleistungsbetrug...) als massiv überzogen angesehen werden muss. Im Vergleich zum Vorjahr sind aus diesen Ländern gerade mal rund 1.000 Menschen mehr zu uns gekommen. Das bedeutet umgerechnet, dass jeder Landkreis in 2012 im Durchschnitt 25 Personen mehr als im Vorjahr aufnehmen musste. Im November und Dezember gingen die Zugänge aus diesen Ländern bereits wieder stark zurück. Dieser Trend zeigt sich auch bundesweit.

- 14.01.2013 [Ministerium für Integration Baden-Württemberg: Jahresbilanz 2012: Flüchtlingszahlen stark gestiegen.](#)
- 31.01.2013 [Zugangstatistik Flüchtlinge Dezember 2012 \[PDF\]](#)
- 31.01.2012 [Bundesamt für Migration und Flüchtlinge: Asylgeschäftsstatistik 2012](#)
- 15.01.2013 [Presseerklärung PRO ASYL: Asylantragszahlen 2012: Deutschland wird sich auf mehr Flüchtlinge einstellen müssen. PRO ASYL fordert, die Aufnahmekapazitäten für Asylsuchende zu erhöhen.](#) In dieser PM wird auch das Ausspielen der Minderheit der Roma gegen Flüchtlinge aus Syrien, wie vom Bundesinnenminister vorgetragen, sehr kritisch beleuchtet. Syrische Flüchtlinge hätten nach wie vor keine Chance auf einen Zugang.

### **Auch in Baden-Württemberg: "Winterabschiebestopp" für Flüchtlinge aus Südosteuropa** **Innenministerium bestätigt "interne Verwaltungsregelung"**

Bis zum 20. März wird es nach Auskunft des Innenministeriums Baden-Württemberg keine Abschiebung von Familien mit minderjährigen Kindern, die aus Südosteuropa stammen, geben. Diese Regelung gilt nicht für Einzelpersonen und "Straftäter" (keine genaue Definition). Das heißt, bei den Einzelpersonen besteht die Gefahr, dass sie auch während des Winters eine Abschiebungs-Anordnung erhalten. Es wird empfohlen, im Einzelfall die rechtlichen Möglichkeiten zu prüfen und zu ergreifen, um Abschiebungen zu verhindern bzw. um eine Aufenthaltserlaubnis zu erreichen. Eine für den 1.2. geplante "Sammelabschiebung" ab Baden-Airpark Karlsruhe wurde vom Innenministerium abgesagt.

Weitere Informationen:

- 21.12.2012 [Winterabschiebestopp - auch in Baden-Württemberg?](#)

Informationen über die Winterabschiebestops in anderer Bundesländer

- 20.12.2012 PM Flüchtlingsrat Baden-Württemberg: [Flüchtlingsrat Baden-Württemberg fordert Winterabschiebestopp \[PDF\]](#)

- 7.12.2012 Positionspapier des Flüchtlingsrats BW: ['Humanität hat Vorrang' \[PDF\]](#)

### **"Roma-Erlass" in der Praxis**

#### **Bisher nur 24 Anträge, davon 12 abgelehnt**

Seit April 2012 gibt es den Erlass zur *"Rückführung ausreisepflichtiger Minderheitenangehöriger (Roma, Ashkali und "Ägypter") in die Republik Kosovo, hier: Verwurzelung im Sinne des Art. 8 Abs. 1 der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK)"*. Dieser wurde im August 2012 noch einmal geändert. Auch Antragsteller/innen mit einer Duldung sind seitdem zugelassen. Nach neuerlichen Auskünften aus dem baden-württembergischen Innenministerium sind bisher 24 Anträge nach diesem Erlass auf eine Aufenthaltserlaubnis nach § 25,5 AufenthG gestellt worden, davon sind 12 positiv beschieden worden. Zuständig für die Bearbeitung der Anträge sind die lokalen Ausländerbehörden, das Regierungspräsidium Karlsruhe wird hinzugezogen. Als problematisch sieht der Flüchtlingsrat u.a. an, dass dieselben Behörden, die zuvor die Abschiebung verfügt haben, auf Integrationsleistungen der Betroffenen prüfen sollen, die sie zuvor nicht berücksichtigt haben. Ende Januar ist auch die aus dem Kosovo stammende Familie Shala aus Walldürn, die auch vom Flüchtlingsrat betreut wird, nach negativem Bescheid durch den Petitionsausschuss, auch im Rahmen dieser Regelung abgelehnt worden. Im demnächst erscheinenden Rundbrief des Flüchtlingsrats wird dieser Erlass in einem Artikel auch von der juristischen Seite her diskutiert.

- Erlass des Innenministeriums ["Rückführung ausreisepflichtiger Minderheitenangehöriger \(Roma, Ashkali und "Ägypter"\) in die Republik Kosovo hier: Verwurzelung im Sinne des Art. 8 Abs. 1 der Europäischen Menschenrechtskonvention \(EMRK\)" \[PDF\]](#)

- 26.10.2012 [Roma-Familie erneut von Abschiebung in den Kosovo bedroht](#) Petition für Roma-Familie aus Walldürn abgelehnt

### **Neues Flüchtlingsaufnahmegesetz lässt auf sich warten**

Nach Informationen aus dem Integrationsministerium soll der Gesetzentwurf für ein neues Flüchtlingsaufnahmegesetz für Baden-Württemberg im Laufe des 1. Quartals 2013 vom Kabinett beraten werden. Danach geht der Entwurf in das Anhörungsverfahren mit der Möglichkeit für Stellungnahmen und Änderungsvorschläge. Mit einer Verabschiedung des Gesetzes ist daher vor Sommer 2013 nicht zu rechnen. Am 21. Januar versandte das Integrationsministerium einen Entwurf für eine „Verordnung ... über die Neufestsetzung der Ausgabenpauschale nach § 9 Absatz 1 des Flüchtlingsaufnahmegesetzes“. Demnach sollen die Pro-Kopf-Pauschalen, die das Land an die Landkreise zahlt, von rund 10.400 auf 12.270 Euro pro Person erhöht werden. Dies deutet an, dass mit dieser geplanten Erhöhung lediglich die finanziellen Konsequenzen aus dem BVerfG-Urteil umgesetzt werden, aber keine weiteren Erhöhungen für Unterbringungskosten, Sozialbetreuung, ehrenamtliche Hilfen etc. vorgesehen sind. Auch der Flüchtlingsrat und die Liga der freien Wohlfahrtspflege können bis zum 19. Februar Stellungnahmen zu diesem Entwurf abgeben.

## Übergangsregelungen zum Flüchtlingsaufnahmegesetz - Was verändert sich vor Ort?

### **Dokumentation von aktuellen Informationen und Medienberichten ab September 2012**

Seit 1. August gelten die vom Integrationsministerium herausgegebenen „Vorläufigen Anwendungshinweise zum Flüchtlingsaufnahmegesetz“. Die Geschäftsstelle des Flüchtlingsrats sammelt und dokumentiert die aktuellen Veränderungen in den Landkreisen und landesweit auf der Homepage.

[Weiterlesen Dokumentation ...](#) Die vom Integrationsministerium herausgegebenen Regelungen sowie die Positionspapiere des Flüchtlingsrats finden Sie [hier](#)

### **Bitte schicken Sie uns Informationen, Berichte, Presseartikel von „vor Ort“!**

Kleine Auswahl aktueller Presseberichte:

- 12.12.2012 Südwest Presse, Südwestumschau: [Unterkünfte dringend gesucht](#). Differenzierter Artikel über die Unterbringungsfrage in Baden-Württemberg

-13.12.2012 Badische Zeitung: [Massive Anwohnerproteste gegen Flüchtlingswohnheim](#).

In Freiburg werden neue Unterkünfte gesucht. Gegen eine mögliche Unterkunft in Haslach-Haid hat sich bereits die Bürgerinitiative "Pro-Haid" gebildet.

- 21.01.2013 [Stuttgarter Zeitung: "Nürtingen Unterbringung von Asylbewerbern löst Unruhe aus."](#) Bericht über Bürgerproteste gegen eine neue Flüchtlingsunterkunft in Oberensingen

### **31.01.2013 Auch der Landkreis Reutlingen will von Essenspaketen auf Geldleistungen umstellen**

#### **Flüchtlinge kritisieren die lange Wartezeit bei den Nachzahlungen nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts**

Der Reutlinger Landrat Thomas Reumann hat gegenüber den im Landkreis untergebrachten Flüchtlingen versprochen, ab Mai 2013 auf Geldleistungen umzustellen. Unklar ist dabei noch, ob die Flüchtlinge Bargeld, ein Konto oder Geldkarten bekommen. Zunächst wurde dieser Schritt des Landrats mit Freude begrüßt. Die Detailfragen sorgen allerdings noch für Unmut. ... Zudem warten die Flüchtlinge immer noch auf die Nachzahlungen, die ihnen nach dem Urteil des BVerfG vom Juli 2012 zustehen. In ähnlicher Weise sitzt auch der Neckar-Odenwaldkreis bereits im August 2012 eingelegte Widersprüche von mind. 70 Flüchtlingen gegen die bisherigen Minderleistungen nach dem AsylbLG aus. ...

- [31.01.2013 Reutlinger General-Anzeiger: Neubau in Betzingen - Landrat sagt Geldleistungen zu](#)

- [25.01.2013 Reutlinger General-Anzeiger: Flüchtlinge fühlen sich in Reutlingen missachtet](#)

[Weiterlesen ...](#)

[22.01.2013 Stuttgarter Zeitung: Schlimme Erinnerungen an die Essenspakete. Auch in Stuttgart soll nun auf Bargeldzahlungen umgestellt werden! In dem Artikel werden die verschiedenen Formen der Sozialversorgung Asylsuchender am Beispiel des Kreises Stuttgart beschrieben. Dabei werden vor allem die unwürdigen Folgen der Vergabe von Essenspaketen deutlich.](#)

### **In aller Kürze:**

- Januar 2013: Ev. Kirche und Diakonisches Werk Württemberg verleihen zum dritten Mal Integrationspreis für gutes Miteinander von Einheimischen und Zugewanderten. zur [Homepage des Integrationspreises "Aufeinander zuwandern"](#)  
– 04.02.2013 [Mühlacker Tagblatt: „Brauchen mehr Unterstützung“](#). Der Freundeskreis Asyl Mühlacker setzt sich für die Rechte und die menschenwürdige Behandlung von Asylsuchenden und Flüchtlingen im Raum Mühlacker ein. Vor allem die Wohnsituation muss verbessert werden.

## **2. THEMEN & INFORMATIONEN**

Informationen zur Asyl-, Flüchtlings- und Migrationspolitik BaWü / BRD / EU

### **02.02.2013 Starke Kritik am Gesetzentwurf der Bundesregierung zum Asylbewerberleistungsgesetz**

#### **Wohlfahrtsverbände, Flüchtlingshilfsorganisationen und Bundesländer legen umfangreiche Stellungnahmen vor**

Am 30. November legte das Bundesministerium für Arbeit und Soziales einen lange aufgeschobenen "Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes" vor. Im Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 18. Juli 2012, in dem die bisherigen Grundleistungen nach dem AsylbLG als "evident unzureichend" verurteilt wurden, wurde der Gesetzgeber aufgefordert, umgehend eine Neuregelung zu erarbeiten. Der Entwurf weist nach Auffassung von Wohlfahrtsverbänden, Flüchtlingshilfsorganisationen und einigen Bundesländern erhebliche Mängel auf und bleibt hinter den gewünschten Verbesserungen und den vom Verfassungsgericht formulierten Anforderungen weit zurück. In umfangreichen Stellungnahmen haben die genannten Organisationen und Bundesländer nun zahlreiche Verbesserungsvorschläge eingebracht. Auch das Land Baden-Württemberg (Ministerium für Integration) hat eine Stellungnahme abgegeben. Es kritisiert u.a., dass weiterhin der Vorrang des Sachleistungsprinzips gelten soll, dass mit der Art der Gesundheitsversorgung weiterhin eine unnötige Parallelstruktur zur GKV praktiziert werden soll und dass keine Gleichstellung mit den Grundleistungen nach SGB II / XII geplant sei.

## Zu Gesetzesentwurf und Stellungnahmen... [Weiterlesen ...](#)

### 02.02.2013 [Hessen zur Aufnahme syrischer Flüchtlinge bereit](#)

PRO ASYL: Bundesländer müssen sich der Diskussion stellen

In einer Presseerklärung vom 1. Februar teilt PRO ASYL mit, dass sich das Land Hessen bereit erklärt habe, syrische Flüchtlinge aufzunehmen: "Dies hatte Hessens Innenminister Boris Rhein gegenüber dem Hessischen Rundfunk erklärt. Zuvor hatten sich bereits der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses im Deutschen Bundestag, Ruprecht Polenz (CDU) und der Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung, Markus Löning (FDP), für eine Aufnahme syrischer Flüchtlinge in Deutschland ausgesprochen. Den Worten und Ankündigungen verschiedener Politiker muss nun schnell die Umsetzung folgen. „Die Bundesregierung und die Landesregierungen dürfen ein Ad-hoc-Aufnahmeprogramm nicht auf die lange Bank schieben. Angesichts der dramatischen Situation der Flüchtlinge aus Syrien ist es unerträglich, dass Europa die Grenzen für syrische Flüchtlinge geschlossen hält“, so Günter Burkhardt, Geschäftsführer von PRO ASYL. In Beratungsstellen (wie auch beim Flüchtlingsrat) und bei PRO ASYL häufen sich Anrufe verzweifelter in Deutschland lebender syrischer Staatsangehöriger, die keine Möglichkeit haben, Verwandte zu sich zu holen. PRO ASYL fordert eine großzügige Visapraxis, sodass auch erwachsene Geschwister, Schwager oder Neffen nach Deutschland kommen können.“

[Weiterlesen ...](#)

- 15.01.2013 Presseerklärung [PRO ASYL: Not der syrischen Flüchtlinge spitzt sich zu](#)

### In aller Kürze:

- 19.12.2012 [Badische Zeitung: Eine Mauer gegen Europas Roma](#). EU regelt Aussetzung der Reisefreiheit für Menschen aus Serbien und Mazedonien / Asylgesuche sollen weniger werden. Autor: Norbert Mappes-Niediek
- Jan. 2013: [Gemeinnützige Gesellschaft zur Unterstützung Asylsuchender \(GGUA\) Münster: Die Situation von Rückkehrern nach Serbien und Mazedonien](#). Serbien und Mazedonien verbieten eigenen Staatsangehörigen die Ausreise. EU unterstützt menschenrechtswidrige Maßnahmen. Zusammenstellung von Informationen und Dokumenten.
- 31.01.2013: Auschwitzkomitee fordert in einem Brief an Bundeskanzlerin Angela Merkel ein uneingeschränktes Aufenthaltsrecht von Sinti und Roma in Deutschland. [Brief des Auschwitzkomitees als PDF](#)
- 31.01.2013 [Taz: Flüchtlinge belagern UN-Büro in Tunis](#). Wegen der unhaltbaren Lage im Flüchtlingslager Choucha (Tunesien) protestierten Flüchtlinge am Sitz des UNHCR in Tunis
- 17.01.2013 Taz: Flüchtlinge erster Klasse – das UN-Resettlement-Programm
- 11.01.2013 [Süddeutsche Zeitung: Ein warmes Bett im Gefängnis](#). Artikel von Heribert Prantl über die geplante Verschärfung der EU-Aufnahmerichtlinie

### Neue Materialien

- [Projektverbund Bleiberecht Freiburg / Breisgau-Hochschwarzwald](#), „[Bleiben mit Arbeit - Vernetzte Hilfen am Bodensee](#)“, [Netzwerk Bleiberecht Stuttgart-Tübingen-Pforzheim](#)“.(Herausgeber): "**Neue Chancen - Integration von Flüchtlingen in Arbeit und Ausbildung**. Rahmenbedingungen - Praxisbeispiele - Zwischenbilanz der Bleiberechts-Netzwerke in Baden-Württemberg." Broschüre, 48 Seiten.

Die im ESF-Bleiberechtsprogramm geförderten Bleiberechts-Netzwerke aus Baden-Württemberg ziehen in dieser Broschüre eine Zwischenbilanz ihrer Arbeit und stellen in zahlreichen Artikel beispielhaft ihre Projektpraxis vor.

#### Bestelladresse:

Flüchtlingsrat Baden-Württemberg, Urbanstr. 44, 70182 Stuttgart (telefonisch: 0711-5532834)

Online-Bestellung möglich unter: <http://www.bleibinbw.de/index.php/materialbestellung.html>

- Deutsches Rotes Kreuz (Hg.) (12/2012): [Erläuterungen zum Asylverfahrensgesetz – Vorgerichtliches Verfahren](#) (Broschüre (aktualisierte Fassung, November 2012)
- Deutsches Rotes Kreuz und Informationsverbund Asyl und Migration (Hg.) (10/2012): **Das Visumsverfahren zum vorübergehenden Aufenthalt**. Broschüre, 98 Seiten. Autor: Rolf Stahmann. Erschien als Beilage zum Asylmagazin 12/2012. Bestelladresse: Deutsches Rotes Kreuz e.V., Team Migration-Interkulturelle Öffnung-Inklusion, Carstenstr. 58, 12205 Berlin oder Informationsverbund Asyl und Migration e.V., Haus der Demokratie und Menschenrechte, Greifswalderstr. 4, 10405 Berlin

## **3. AKTUELLE TERMINE**

Lokale und landesweite Veranstaltungen und Aktionen / Überregionale Tagungen etc

Sa, 16.02.2013, 14.00 Uhr, TV-Dokumentation, arte, Magazin yourope

**Abgedrängt - Sinti und Roma in Europa**

**Wiederholungen:** 19.02.2013 um 08:55, 19.02.2013 um 23:55

**Yourope** (Deutschland, 2013, 26mn), SWR. Im Beitrag wird auch das Schicksal mazedonischer Flüchtlinge, die in Reutlingen leben, vorgestellt.

Sa, 09.03. 2013 | Friedensgemeindehaus, Schubartstr. 12, Stuttgart | 9.30 - 17.00 Uhr

**Tagung mit Plenum des Flüchtlingsrats Baden-Württemberg: Der Wechsel beginnt?**

Schwerpunkte: Situation von Roma: Was kommt nach dem "Winterabschiebestopp / Was steht im neuen Flüchtlingsaufnahmegesetz? / Situation in den Landkreisen

**01.02.2013 Vorläufiges Programm [PDF] (Ergänzungen folgen)**

Vom 14. - 24. März 2013

**Internationale Wochen gegen Rassismus**

Gemeinsam mit mehr als 70 bundesweiten Organisationen und Einrichtungen fordert der [Interkulturelle Rat in Deutschland](#) dazu auf, sich an den Aktionswochen zu beteiligen und Zeichen gegen Rassismus zu setzen. Zur [Homepage der Internationalen Wochen gegen Rassismus](#), zur [Veranstaltungsdatenbank](#), zu den [Materialien zum Bestellen](#)

Mittwoch, 20.03.2013 – Freitag, 22.03.2013, Berlin

**IX. Jahrestagung Illegalität: Irregularität und europäisches Migrationsregime**

Die „[Jahrestagung Illegalität](#)“ hat zum Ziel, regelmäßig Fachleute und Praktiker aus Politik, Verwaltung, Kirchen, Verbänden und Wissenschaft in ein kontinuierliches, sachliches und offenes Gespräch über die Probleme der irregulären Migration zu bringen. Sie wird geplant und veranstaltet von der Katholischen Akademie in Berlin, dem „Katholischen Forum Leben in der Illegalität“ und dem Rat für Migration, in Zusammenarbeit mit vielen anderen Akteuren, die sich in Wissenschaft und Praxis für eine gehaltvolle Diskussion und für ethisch reflektierte Problemlösungen einsetzen.

Weitere Informationen zur Initiierung der Jahrestagung und den "Stationen auf dem Weg" finden Sie auf der Homepage des Katholischen Forums Leben in der Illegalität: <http://www.forum-illegalitaet.de/>.

09. April 2013, Diakonisches Werk Württemberg, Heilbronnerstr. 180, Stuttgart

**Fachtag für Haupt- und Ehrenamtliche in der Flüchtlingsarbeit**

Schwerpunkt: Syrien, syrische Flüchtlinge in Deutschland und Europa, Aufnahme von Flüchtlingen.

Veranstalter: Diakonisches Werk Württemberg

27. Februar bis Juni

**„Lagertour“ mit Heinz Ratz & "The Refugees"**

Nach der "Tour der 1000 Brücken" im Jahr 2011 geht der mittlerweile mit dem Bundesverdienstkreuz dekorierte Liedermacher Heinz Ratz ab 27. Februar wieder auf Tournee durch Deutschland. Neben den Konzerten mit der aus Flüchtlingen aus ganz Deutschland entstandenen Band stehen wieder Besuche in Asylunterkünften auf dem Programm. Die Konzerttermine in Baden-Württemberg sind:

03.03.2013 DE-Heidelberg, Halle 02

07.03.2013 DE-Stuttgart, Theaterhaus

10.03.2013 DE-Freiburg, Theater

11.03.2013 DE-Karlsruhe, Jubeez

12.03.2013 DE-Tübingen, Sudhaus

13.03.2013 DE-Reutlingen, Franz K.

15.03.2013 DE-Pforzheim, Kupferdächle

Mehr Informationen: <http://www.heinzratz.de/tourt.html>

---

**Impressum**

**FLÜCHTLINGSRAT BADEN-WÜRTTEMBERG**

Geschäftsstelle, Urbanstr. 44 - 70182 Stuttgart

Tel.: 0711 - 55 32 83-4 -- Fax.: 0711 - 55 32 83-5

E-Mail: [info@fluechtlingsrat-bw.de](mailto:info@fluechtlingsrat-bw.de)

Web: [www.fluechtlingsrat-bw.de](http://www.fluechtlingsrat-bw.de)

## **Solidarität braucht Solidarität!**

**Unterstützen Sie unsere politische und praktische Arbeit für Flüchtlinge durch eine Mitgliedschaft, eine Fördermitgliedschaft oder eine Spende an:**

**Flüchtlingsrat Baden-Württemberg e.V., BW Bank, BLZ 600 501 01, Kto: 35 17 930**

**Redaktion:** Andreas Linder, Dr. Manfred Budzinski

Unsere bisherigen Newsletter finden Sie auf unser Website unter "Archiv / E-Mail-News" sowie viele weitere (aktuelle) Informationen.

Wenn Sie den Newsletter abbestellen wollen, schicken Sie uns bitte eine E-Mail an [info@fluechtlingsrat-bw.de](mailto:info@fluechtlingsrat-bw.de).

Wenn Sie uns als Mitglied oder SpenderIn (sofern Sie dies noch nicht sind) aktiv unterstützen wollen, finden Sie das entsprechende Formular ebenfalls auf unserer Website.

Dieser Newsletter erscheint mit Unterstützung von: Förderverein PRO ASYL e.V., Europäischer Flüchtlingsfonds, Land Baden-Württemberg (Ministerium für Integration)